

Ergebnisbericht: Meinungsbild zur zukünftigen Entwicklung der KiTa-Gebühren in Sindelfingen

Ziel der Umfrage

Die Umfrage dient als Meinungsbild zur Vorbereitung des Workshops zur langfristigen Entwicklung der KiTa-Gebühren in Sindelfingen. Sie erhebt keinen repräsentativen Anspruch, liefert jedoch wertvolle Hinweise auf die Sichtweisen engagierter Elternbeiräte und Eltern.

Durchführungszeitraum: 25.06.2026 bis 03.07.2026

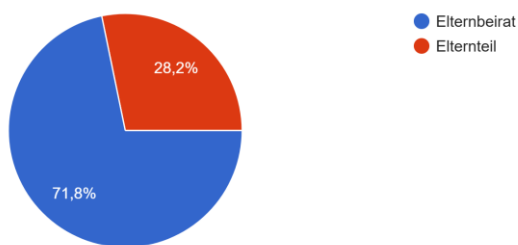
Durchgeführt durch: Vorstand des GEB KiTas Sindelfingen

Verteiler: 233 registrierte Elternbeiräte der städtischen Kindertageseinrichtungen in Sindelfingen

Methodik

- 233 Elternbeiräte angeschrieben
 - 85 Teilnehmende
 - 61 Elternbeiräte (71,8 %, Rücklaufquote Elternbeiräte 26,2 %)
 - 24 Elternteile (28,2 %)
 - Anonyme Online-Befragung
- Der Umfragelink wurde vereinzelt durch Elternbeiräte innerhalb der Einrichtungen an Eltern weitergeleitet.
- Ein Vergleich der Antworten von Elternbeiräten und Eltern zeigt keine grundlegenden Unterschiede. Die Ergebnisse werden daher gemeinsam ausgewertet.

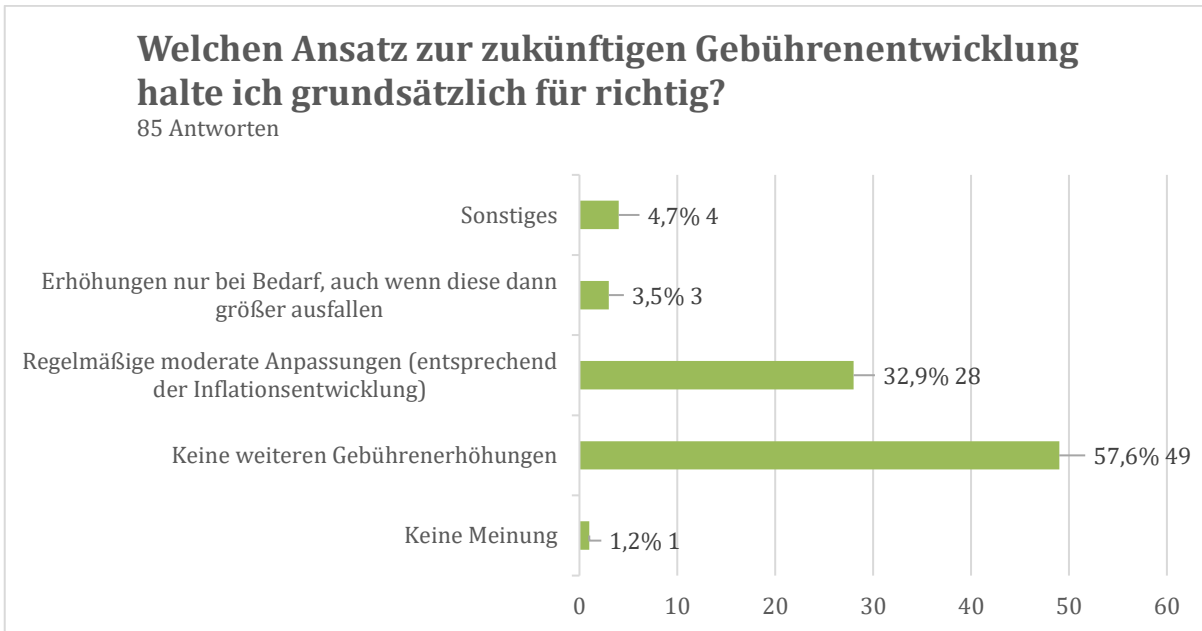
Ich bin:
85 Antworten



Einordnung der Ergebnisse

Die Ergebnisse stellen ein Meinungsbild der teilnehmenden Elternbeiräte und Eltern dar. Sie erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität, geben jedoch wertvolle Hinweise auf Einstellungen, Prioritäten und mögliche Auswirkungen der Gebührenentwicklung aus Sicht der betroffenen Familien.

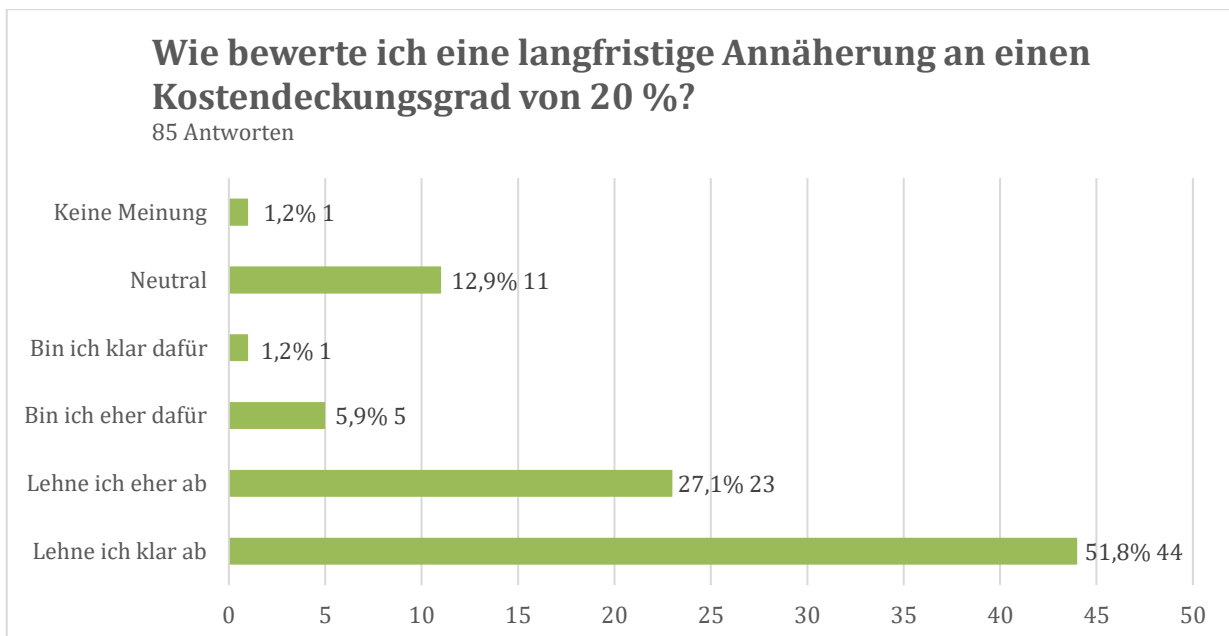
Frage 1



Interpretation:

Die Mehrheit der Teilnehmenden spricht sich gegen weitere Gebührenerhöhungen aus. Rund ein Drittel kann sich regelmäßige moderate Anpassungen vorstellen. Größere Erhöhungen bei Bedarf finden hingegen kaum Zustimmung.

Frage 2:



Ergebnis:

67 von 85 Teilnehmenden (78,8 %) lehnen eine langfristige Annäherung eher oder klar ab.

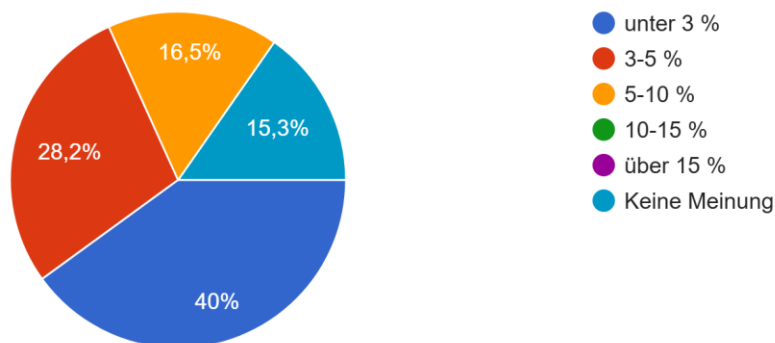
Interpretation:

Die Ergebnisse zeigen eine deutliche Ablehnung einer langfristigen Annäherung an einen Kostendeckungsgrad von 20 %. Im Zusammenhang mit den weiteren Ergebnissen der Umfrage wird deutlich, dass für die Teilnehmenden vor allem die finanzielle Belastung der Familien im Vordergrund steht. Die Ergebnisse sprechen dafür, die Auswirkungen auf Familien bei der Gebührenentwicklung stärker zu berücksichtigen.

Frage 3

Welche Belastung durch KiTa-Gebühren halte ich grundsätzlich für vertretbar (Anteil am monatlichen Haushaltsnettoeinkommen)?

85 Antworten



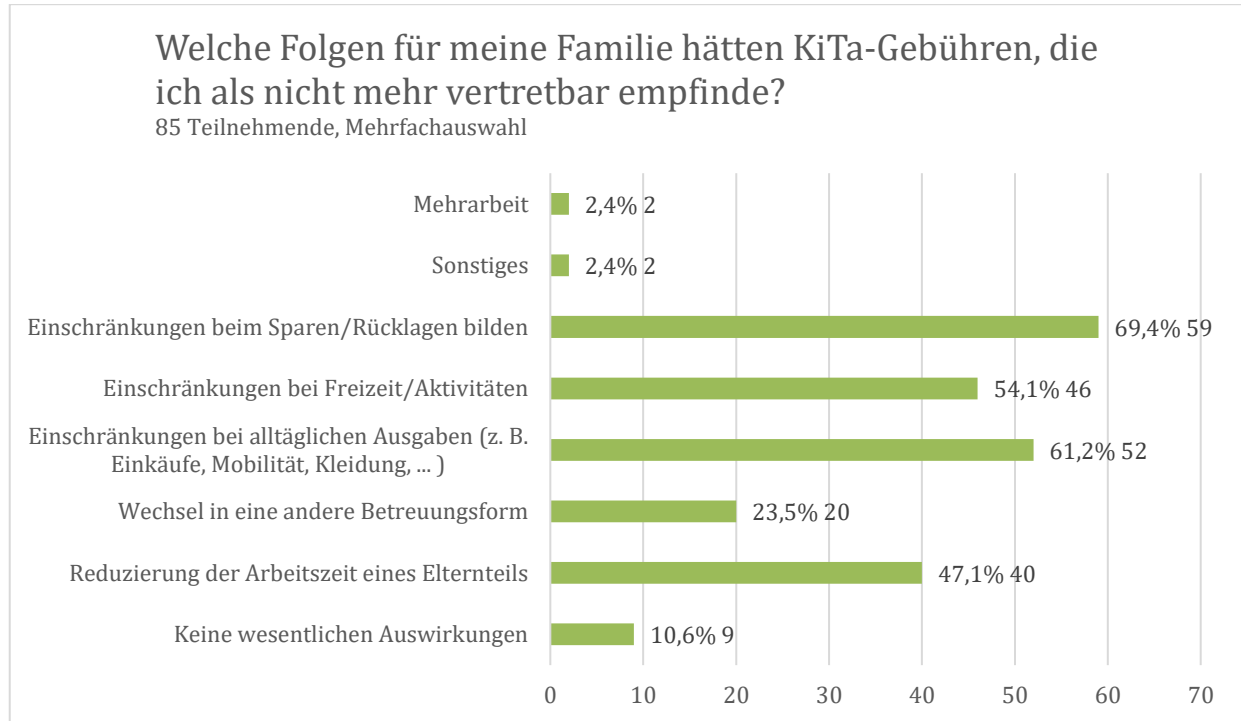
Ergebnis:

Zieht man die 13 Teilnehmenden ohne feste Meinung ab, verbleiben 72 Personen mit konkreter Angabe. Von diesen halten 80,6 % (58 Personen) maximal 5 % für vertretbar. Keine Person hält Belastungen über 10 % für vertretbar.

Interpretation:

Die Ergebnisse zeigen eine klare Belastungsgrenze: Mehr als vier von fünf Teilnehmenden mit einer konkreten Angabe halten KiTa-Gebühren von höchstens 5 % des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für vertretbar. Eine darüber hinausgehende Gebührenbelastung wird nur von einer Minderheit als vertretbar angesehen. Eine Belastung von mehr als 10 % findet in der Befragung überhaupt keine Zustimmung.

Frage 4



Ergebnis:

Am häufigsten genannt wurden Einschränkungen beim Sparen, bei alltäglichen Ausgaben und Freizeitaktivitäten. Ein erheblicher Teil würde Arbeitszeit reduzieren.

Interpretation:

Nicht mehr vertretbare KiTa-Gebühren würden nicht nur den finanziellen Spielraum der Familien einschränken, sondern hätten teilweise auch Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit. Neben Einschränkungen im Alltag und bei der Rücklagenbildung sehen fast die Hälfte aller Befragten das Risiko, die Arbeitszeit eines Elternteils reduzieren zu müssen.

Frage 5

Im ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung sollten Ganztagesplätze überproportional stärker belastet werden als andere Betreuungsformen. Meine Meinung dazu:

85 Antworten



Ergebnis:

Die größte Zustimmung erhält die Aussage, dass Ganztagsplätze im Verhältnis zur Betreuungszeit nicht teurer sein sollten.

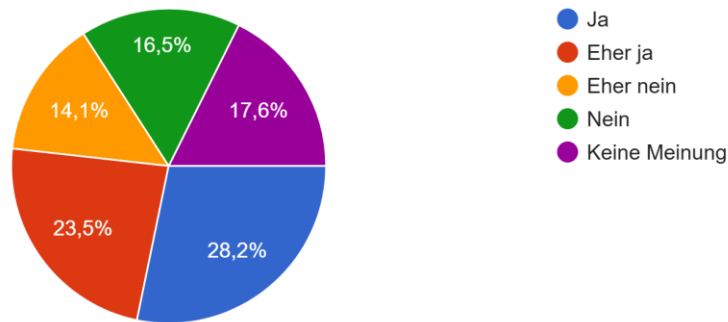
Interpretation:

Die Ergebnisse zeigen ein differenziertes Meinungsbild ohne eindeutige Mehrheit. Die größte Gruppe der Befragten bevorzugt eine an der Betreuungszeit orientierte Gebührenstruktur. Gleichzeitig spricht sich mehr als ein Drittel der Befragten für eine stärkere Belastung und rund jede zehnte Person für eine Entlastung von Ganztagsplätzen aus. Eine Mehrheit für eine überproportionale Belastung von Ganztagsplätzen ergibt sich aus den Ergebnissen nicht.

Frage 6

Sollte die soziale Staffelung der KiTa-Gebühren weiterentwickelt bzw. ausgebaut werden (z. B. durch die Berechtigungskarte Plus)?

85 Antworten



Ergebnis:

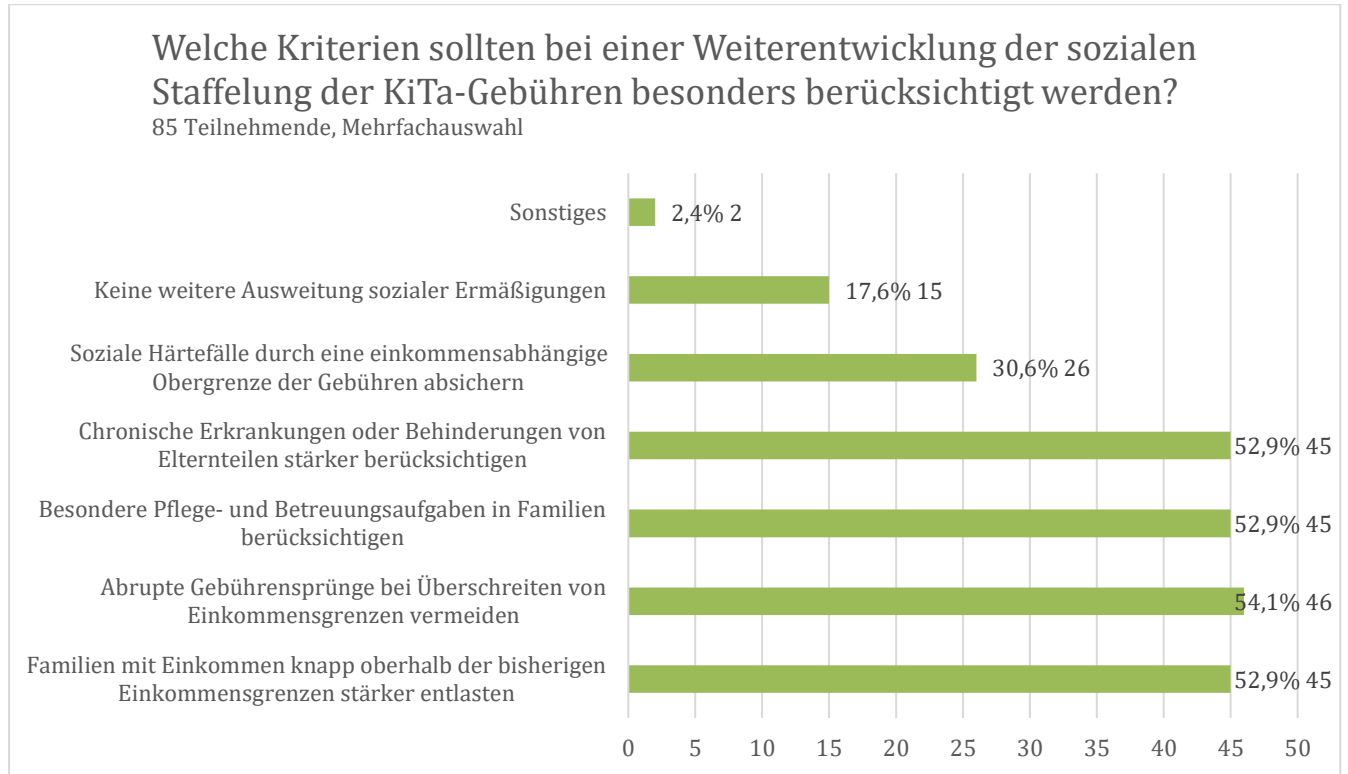
Das Meinungsbild zur Weiterentwicklung der sozialen Staffelung ist differenziert. 51,7 % der Teilnehmenden befürworten eine Weiterentwicklung eher oder klar, 30,6 % lehnen sie eher oder klar ab und 17,6 % haben keine Meinung.

Interpretation:

Die Grundsatzfrage zur Weiterentwicklung der sozialen Staffelung ergibt kein eindeutiges Meinungsbild. Die Antworten zeigen jedoch, dass das Thema differenziert betrachtet wird und die konkrete Ausgestaltung für viele Befragte eine wichtige Rolle spielt.

Die Ergebnisse sollten im Zusammenhang mit den Antworten zur nachfolgenden Frage betrachtet werden, in der die Teilnehmenden konkrete Kriterien für eine Weiterentwicklung bewerten konnten.

Frage 7



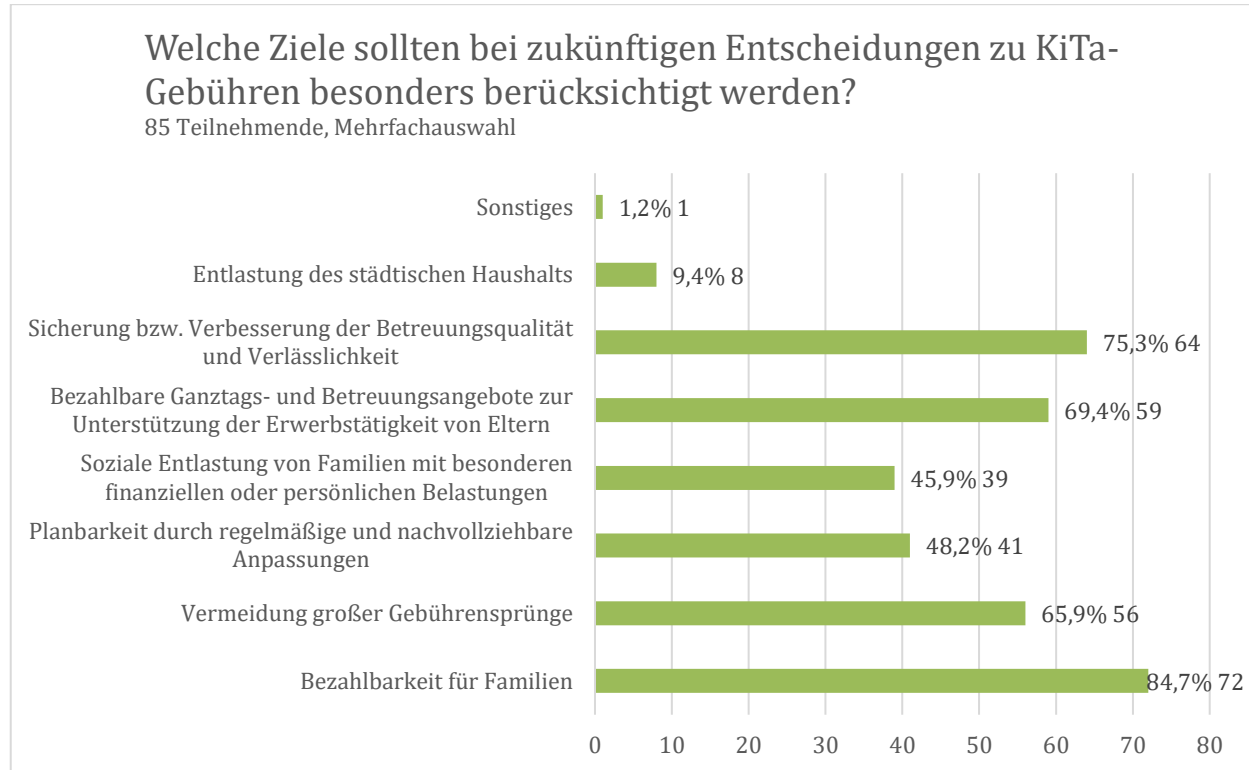
Ergebnis:

Die größte Zustimmung erhielten die Vermeidung abrupter Gebührensprünge, eine stärkere Entlastung von Familien knapp oberhalb bestehender Einkommensgrenzen sowie die Berücksichtigung besonderer familiärer Belastungen. Lediglich 17,6 % der Teilnehmenden sprechen sich gegen eine weitere Ausweitung sozialer Ermäßigungen aus.

Interpretation:

Während die Grundsatzfrage zur Weiterentwicklung der sozialen Staffelung ein differenziertes Meinungsbild zeigt, wird bei den konkreten Ausgestaltungsmöglichkeiten deutlich, dass die große Mehrheit der Befragten mindestens eine Weiterentwicklung des bestehenden Systems befürwortet. Jeweils eine absolute Mehrheit der Befragten fordert die Vermeidung abrupter Gebührensprünge bei Einkommensgrenzen, eine gezielte Entlastung von Familien knapp oberhalb bestehender Grenzen sowie die stärkere Berücksichtigung besonderer familiärer Belastungen wie Pflegeaufgaben oder chronische Erkrankungen. Der Wunsch nach einer sozial gerechten Nachjustierung ist somit im Detail stark ausgeprägt. Damit werden die konkret vorgeschlagenen Maßnahmen der „*Berechtigungskarte Plus*“ von der Mehrheit der Befragten gestützt.

Frage 8



Ergebnis:

Am häufigsten wurden die Bezahlbarkeit der Kinderbetreuung (84,7 %), eine hohe Betreuungsqualität (75,3 %), bezahlbare Betreuungsangebote zur Unterstützung der Erwerbstätigkeit (69,4 %) sowie die Vermeidung großer Gebührensprünge (65,9 %) als langfristige Ziele der Gebührenentwicklung genannt.

Interpretation:

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass den Befragten mehrere Ziele gleichzeitig wichtig sind. Im Vordergrund stehen eine langfristig bezahlbare Kinderbetreuung, eine hohe Betreuungsqualität, bezahlbare Betreuungsangebote zur Unterstützung der Erwerbstätigkeit sowie die Vermeidung größerer Gebührensprünge. Die Ergebnisse zeigen damit, dass die Gebührenentwicklung aus Sicht der Befragten mehrere Anforderungen gleichzeitig erfüllen sollte.

Frage 9

Gesamtposition des Vorstands des GEB KiTas

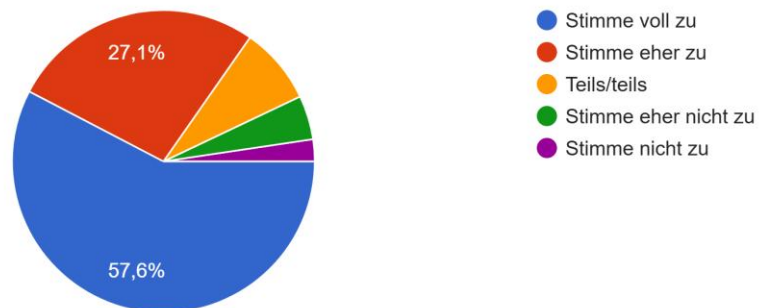
Der Vorstand des GEB KiTas setzt sich seit vielen Jahren für regelmäßige und moderate Gebührenanpassungen – wenn diese notwendig sind – ein, um größere Gebührensprünge für einzelne Familien zu vermeiden.

Darüber hinaus vertreten wir aktuell folgende Grundhaltung:

- Eine langfristige Annäherung an einen Kostendeckungsgrad von 20 % sehen wir kritisch. Da der Kostendeckungsgrad in Sindelfingen aktuell bei rund 10 % liegt, würde dies langfristig etwa einer Verdoppelung des von den Familien zu tragenden Gebührenanteils entsprechen.
- Als Orientierung für notwendige Gebührenerhöhungen sehen wir eine Anpassung im Bereich der allgemeinen Inflationsentwicklung.
- Eine überproportionale Belastung von Ganztagesplätzen sehen wir kritisch.
- Soziale Entlastungen für Familien sollen erhalten und weiterentwickelt werden, insbesondere für Familien mit besonderen finanziellen oder persönlichen Belastungen.

Ich unterstütze diese Position des Vorstands des GEB KiTas.

85 Antworten



Ergebnis:

84,7 % der Teilnehmenden stimmen der Position des GEB-Vorstands voll oder eher zu. 8,2 % antworten mit „teils/teils“, während 7,1 % der Position eher nicht oder nicht zustimmen.

Interpretation:

Die Position des GEB-Vorstands findet unter den Befragten eine breite Zustimmung. Gleichzeitig zeigt der Anteil neutraler und ablehnender Rückmeldungen, dass einzelne Aspekte unterschiedlich bewertet werden. Insgesamt besteht jedoch eine deutliche Unterstützung für die vertretenen Grundpositionen.

Die Ergebnisse der gesamten Umfrage stützen diese Grundpositionen insgesamt: Eine langfristige Annäherung an einen Kostendeckungsgrad von 20 % wird deutlich abgelehnt, größere Gebührensprünge finden nur geringe Akzeptanz und – sofern Gebührenanpassungen erforderlich sind – werden regelmäßige moderate Anpassungen eher unterstützt als punktuelle starke Erhöhungen. Ebenso ergibt sich keine Mehrheit für eine überproportionale Belastung von Ganztagsplätzen. Bei der konkreten Ausgestaltung der sozialen Staffelung wird eine Weiterentwicklung sozialer Entlastungen wie mit der Berechtigungskarte Plus vorgeschlagen von der Mehrheit der Befragten befürwortet.

Zentrale Erkenntnisse des Meinungsbildes

- 1. Bezahlbarkeit hat höchste Priorität:** Die Ergebnisse zeigen, dass die finanzielle Belastbarkeit der Familien aus Sicht der Befragten einen höheren Stellenwert besitzt als ein abstrakter kommunaler Kostendeckungsgrad.
Mehr als 80 % der Befragten halten KiTa-Gebühren von höchstens 5 % des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für vertretbar. Eine Belastung von mehr als 10 % hält niemand für vertretbar. Über die jeweils vertretbare Grenze hinausgehende Gebühren würden die finanzielle Situation sowie die Erwerbstätigkeit der Familien spürbar beeinflussen.
- 2. Planbarkeit statt Preissprünge:** Während sprunghafte, massive Erhöhungen auf strikte Ablehnung stoßen, signalisiert ein Drittel der Befragten Akzeptanz für moderate und nachvollziehbare Anpassungen im Rahmen der Inflation.
- 3. Ganzheitlicher Qualitätsbegriff:** Gebühren werden von Familien niemals isoliert betrachtet, sondern stets im direkten Zusammenhang mit verlässlicher Betreuungsqualität und der tatsächlichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 4. Bedarfsgerechte soziale Balance:** Die Ergebnisse geben deutliche Hinweise auf einen Weiterentwicklungsbedarf der sozialen Staffelung, insbesondere um harte Abbruchkanten bei den Einkommensgrenzen zu entschärfen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen der *Berechtigungskarte Plus* werden von der Mehrheit der Teilnehmenden gestützt.